1294

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

...nnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst ...e Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. ...ie Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und ...ich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

...Nr. 249. | Dresden, Montag den 26. Oktober 1908. | 19. Jahrg.

Parteigenossen! Parteigenossinnen! Werbet und wirket für die

Wahlrechts-Kundgebung!

...soll den Herrschenden gezeigt werden, daß das arbeitende Volk wie das alte Wahlunrecht so das neue Wahlunrecht mit Entrüstung zurückweist!

...uf! Für das allgemeine gleiche Wahlrecht aller Staatsbürger!

Ein Junkermanifest

...n Krone, Wahlreform und Reichstagswahlrecht.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Konservative Korrespondenz ver...icht folgende parteioffiziöse Erklärung:

„Die Thronrede zur Eröffnung des preußischen Land... bringt die Mitteilung, daß eine organische Reform des ...rechts zum Abgeordnetenhause als ein dringendes Erforder... unserer staatlichen Entwicklung erscheine.

Wir wollen abwarten, welche politischen Unterlagen die von ...Regierung betriebenen Vorarbeiten für jene Annahme, deren ...ilat ja der Beschlußfassung des Landtages unterliegen würde, ...n, bezweifeln aber einstweilen, daß eine Reformbedürftigkeit ...bei dem preußischen Wahlrecht in höherem Maße bemerklich ...acht hat, als bei den Wahlrechten anderer Staaten und auch ...Deutschen Reiches.

Man hat bisher nicht gehört, daß auch in letzter ...ehung seitens der zunächst beteiligten Fak...en Aenderungen betrieben würden zur Verstärkung ...Einflusses von Besitz, Bildung und staat...em Verantwortlichkeitsgefühl.

Das preußische Wahlrecht ist ein Hort der besitzenden ...heit, aufgebaut auf dem Maße der Pflicht, zu den ...aatslasten beizutragen. Freilich, der Herrschaft der ...ssen ist es nicht günstig.

Jedenfalls hat das preußische Abgeordnetenhaus sich in seinen ...tiven Leistungen zum Wohle des Staates und zur Vertretung ...preußischen Volkes seit langer Zeit so völlig auf der Höhe ...er Aufgaben gezeigt, daß Aenderungen in seiner Zusammen...ung diesen Erfolg nur gefährden, nicht aber för...rn könnten.

Unsere Partei möge aus der anscheinend doch hiervon ...eichenden Kritik der Thronrede und der sich daraus ...ebenden Situation die ernste Mahnung entnehmen, mit ...m Kräften und mit allem Eifer an der inneren Verbindung ...t den wahren Interessen des Volkes weiter zu arbeiten. Sie ...ß sich mit ihnen so völlig verketten, ihre Förderung im Sinne ...s gesunden, den modernen Verhältnissen angepaßten Fort...ritts auf der Grundlage des bewährten Alten mit solcher ...ergie betreiben, daß sie der Machtfaktor unseres Staatslebens, ...cher sie dadurch schon bisher geworden ist, auch in den neuen ...nnen zu bleiben vermag, die uns vielleicht angesonnen werden.

Ob freilich diese Vorschläge dem Wohle des Staates ent...echend erscheinen, werden wir ja zunächst sehen und ledig...h danach unsere Haltung dazu einrichten.

Das Eine allerdings wird als ein — wohl nicht gewolltes, ...er, wie die Erfahrung lehrt, leicht mögliches, vielleicht sogar ...hrscheinliches Ergebnis solcher modernen Entwicklungsphasen ...befürchten stehen, daß zugleich die Machtstellung der Krone, ...mit der Geschichte und den Geschicken Preußens unauflöslich ...bunden erschien, eine Schwächung und Trübung erfahren ...nte, die nicht zum Heil des Landes dient."

Die kleine, aber einflußreiche Partei erläßt eine Mobil...ungsordre an ihre Getreuen mit der Parole: Gegen die ...ne, gegen die preußische Wahlreform, gegen das Reichs...twahlrecht! Das ist ein bißchen viel auf einmal, aber die ...ren können es sich ja erlauben.

Gegen die Krone richtet sich die Kriegserklärung ...bedingungsweise. Der König absolut, wenn er unsern ...en tut. Es ist noch gar nicht ausgemacht, daß es zwischen ...und den Junkern zu einem ernsten Zerwürfnis kommt. ...ch bei der Kanalvorlage sagte der König: „Gebaut wird er ...!", die Junker aber sagten: „Gebaut wird er doch nicht." ...t droht die konservative Partei der Krone mit einer ähn...en „Schwächung und Trübung" ihrer Macht...ung wie im Falle der Kanalvorlage, in welchem der Wille ...Junker über den der Krone siegte. Nun ist eine Wahl...rm allerdings keine Kanalvorlage, denn hier kann sich ...Krone, wenn sie will, auf Reserven stützen, durch deren ...e sie unüberwindlich wird. Die Habsburger und die ...ittelsbacher haben gezeigt, wie das zu machen ist, und ...Staaten sind darüber nicht zugrunde gegangen. Im ...de der Hohenzollern ist eine ähnliche Lösung der ...hlrechtsfrage nicht zu erwarten, hier wandelt man die ...nen der sächsischen Wettiner. Krone und Regierung haben daher keine Unterstützung von den breiten Massen des Volkes zu erwarten. Wüßten die Junker das nicht, so würden sie nicht so dreist, wie sie es tun, der Krone mit ihrer Ungnade drohen.

Gegen die Wahlreform wendet sich das Junkermanifest mit dem alten beliebten Argument, daß das preußische Wahlrecht aufgebaut sei auf dem Maße der Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen. Die Ungereimtheit dieser Behauptung liegt auf der Hand, denn in Preußen sind die Leute, die das Geld für das preußische Militärkontingent durch indirekte ans Reich bezahlte Steuern aufbringen, rechtlos. Rechtlos sind die Staatsarbeiter, die durch ihrer Hände Arbeit Bedeutendes zur Erhaltung des Staates beitragen. Rechtlos ist ferner die dritte Wählerklasse, die im Verhältnis zu ihren Kräften viel schwerer an den Staatslasten trägt als die beiden anderen, die zusammen die Mehrheit haben. Dagegen sind die Junker privilegiert, ihnen werden Steuern auf ihr Wahlrecht angerechnet, die sie nicht bezahlen. Das platte Land ist vor der Stadt bevorrechtet, obwohl die Stadt mehr zu den Staatslasten beiträgt als das platte Land. Die Junker wissen das alles ganz genau. Sie wissen, daß das preußische Wahlrecht nicht auf der „Pflicht, zu den Staatslasten beizutragen", beruht — diese Pflicht ist für alle Staatsbürger die gleiche —, noch auch nach dem Maße der wirklich getragenen Lasten eingerichtet ist, sondern daß es nichts ist als ein **logisch, moralisch, juristisch gleich unhaltbares Gemisch von Widersinn, Willkür und Unrecht.** Aber sie wollen an der Macht bleiben, und die Redensarten, die sie dabei machen, sind ihnen gleichgültig. Wenn sie's befehlen, muß für Preußen drei eine gerade Zahl sein.

Gegen das Reichstagswahlrecht spricht sich das Junkermanifest mit schärfster Deutlichkeit aus. Damit geben die Konservativen zu, daß sich im preußischen Wahlrechtskampfe das Schicksal des Reiches entscheidet. Die preußische Wahlrechtsbewegung ist deutsche Reichs- und Volkssache gegen die in Preußen herrschende Kaste, und es kann für sie kein Zurück mehr geben, weil jedes Zeichen der Ermüdung und Schwäche dem Reichstagswahlrecht gefährlich werden kann. Es ist gut, daß die Junker das offen ausgesprochen haben, denn jetzt muß jedermann wissen, um was es sich handelt.

Entweder mit den konservativen Junkern gegen das Reichstagswahlrecht oder mit den sozialdemokratischen Arbeitern für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht! Das ist die unerbittliche Entscheidung, vor die sich jeder einzelne Deutsche, Preuße oder Nichtpreuße, gestellt sieht, und der sich niemand auf die Dauer wird entziehen können, keine Partei, keine Regierung und keine Dynastie.

Auch nicht die preußische Krone und das Haus Hohenzollern.

Nach drei Jahren.

Zur Lage in Rußland.

Von unserem russischen Korrespondenten.

rs. Drei Jahre sind seit den denkwürdigen Oktobertagen des Jahres 1905 verflossen und vor der Wiedereröffnung der dritten Duma ist es gerade Zeit, sich die Bilanz dieser bedeutungsvollsten Periode der russischen Geschichte zu vergegenwärtigen. Was hat in dieser Zeit Rußland geleistet? Was haben die Machthaber für den Wiederaufbau des Reiches getan? Und welche Früchte hat ihre „beruhigende" und „positiv-schaffende" Tätigkeit gezeitigt?

In drei Jahren kann man viel leisten, wenn man über alle Machtmittel verfügt, wie die russische Regierung. Allerdings ist dazu auch ein wenig guter Wille erforderlich und man muß seine Zeit und ihre Erfordernisse verstehen. Hat man die russische Regierung den Willen gezeigt, auch nur die unaufschiebbarsten Reformen durchzuführen? Versteht sie, welcher Reformen Rußland bedarf?

Ueberschauen wir die Ergebnisse der dreijährigen Tätigkeit, so werden wir auf diese Fragen mit einem entschiedenen Nein antworten müssen. Und dieses Nein werden nicht nur die Feinde des jetzigen Regimes, sondern sogar dessen Freunde unterstreichen müssen. Denn selbst diese sind überzeugt, daß die dreijährige „Arbeit" der Stolypinschen Agenten dem Lande keinen Frieden gebracht hat und daß die Verhältnisse gegenwärtig durchaus nicht besser sind, als es vor der Revolution der Fall war.

Drei Jahre gingen für das Land so gut wie nutzlos vorüber. Die Henker haben furchtbar gewütet, Tausende von Leben sind vernichtet. Aber die wichtigsten Fragen sind ungelöst geblieben und von einer ruhigen Entwicklung der Dinge kann noch keine Rede sein. Alles ist noch so unsicher, wie es vor dem Jahre 1905 war, alles schwankt, alles gärt, wie es damals schwankte und gärte.

Die Oktobristen, die gemäßigten Nationalliberalen, weisen auf die Befestigung der Duma hin. Die Einbürgerung der Vertretungsidee wäre in der Tat ein nicht zu unterschätzender Gewinn, und wäre dieser Hinweis berechtigt, so würden die Jahre immerhin nicht umsonst vergangen sein. Aber ist es wahr, daß die Duma schon ein unveräußerliches Gut des Volkes geworden ist? Durchaus nicht. Die Duma hat sich bis jetzt nur dadurch erhalten können, daß sie in allen ernsteren Fragen der Regierung nachgab und die wichtigsten Fragen, von denen das Leben des Landes abhängt, überhaupt nicht berührte. Ihre Kraft besteht in ihrer Schwäche. Sie wird am Leben erhalten, weil sie bisher tot war. Wird sie aber lebendig und beginnt sie einen ernsten Kampf um die Rechte und Forderungen des Volkes, dann ist es noch durchaus nicht sicher, ob sie weiter besteht! An unzweideutigen Aeußerungen von „maßgebender Seite" fehlt es in dieser Hinsicht keineswegs.

Die wichtigste aller russischen Fragen — das Agrarproblem — ist bis jetzt nicht nur nicht gelöst, sondern auch nicht einmal zur Diskussion gestellt worden. Man befürchtet dieses stachlige Ding anzutasten und hätte es gern totgeschwiegen. Auf die Dauer ist aber dieses Totschweigen unmöglich. Die Bauern warten mit Ungeduld, daß diese Frage angeschnitten wird und die Verschleppungskünste müssen bald ihr Ende nehmen. Wie werden sich dann die Bauern zu dieser Frage stellen? Werden sie auf ihre Forderung der Enteignung des Großgrundbesitzes verzichten? Der Gesetzentwurf, den die Bauerndelegierten der Duma ausgearbeitet haben, gibt darauf eine klare Antwort. Die Bauern denken nicht daran, von ihren Forderungen zurückzutreten, und das bedeutet einen Kampf bis aufs Messer mit der jetzigen Regierung und der Regierungsmajorität der Duma. An Ueberraschungen aller Art wird es bei dem Aufrollen dieses Problems durchaus nicht fehlen!

Eine nicht minder heikle Frage bildet der Kampf um die Hochschule. Die Dummheit des jetzigen „Aufklärungs"ministers hat die Universitätsfrage, die seit zwei Jahren — seit der Einführung der Autonomie — verstummt war, wieder auf das äußerste verschärft. Die Zustände haben sich so zugespitzt, daß man wieder zum Studentenstreik greifen mußte, um die reaktionären Angriffe des Ministeriums abzuwehren. Die Dummheit, die der Schulminister bei seinem Vorgehen zeigte, berechtigte zunächst zu der Annahme, daß er auf eigene Faust handelte und daß Stolypin sich mit ihm nicht solidarisch erklären würde. Der Verlauf der Ereignisse bewies, daß diese Annahme etwas optimistisch war. Es stellte sich bald heraus, daß Herr Schwarz, so nennt sich der „Aufklärungs"minister, nicht einsam steht und daß seine „Politik" der Universitätsknechtung die volle Unterstützung des Ministerpräsidenten erhält. Der Gesetzentwurf, der von der Regierung nun ausgearbeitet und veröffentlicht ist, ist voll von schwärzester Reaktion und ruft auf allen Seiten die höchste Erbitterung hervor. Ein verzweifelter Kampf der Studentenschaft wie der Professoren um die Selbständigkeit der Hochschule ist nun unausbleiblich. Die jetzigen „Streiks" sind nur ein Vorspiel und an Ueberraschungen wird es hier noch weniger als bei der Agrarfrage fehlen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19081026/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG